

Zur Wirtschaftslage:

Konjunkturelle Schubkraft weltweit zu gering	481
Bundesrepublik Deutschland: Expansivere Wirtschaftspolitik erforderlich	487

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 38/86

Berlin

18. September 1986

53. Jahrgang

Stahlin

Zur Wirtschaftslage

Konjunkturelle Schubkraft weltweit zu gering

Die drei großen Industrieregionen der Weltwirtschaft, die Vereinigten Staaten, Japan und Westeuropa, haben bisher weniger konjunkturelle Schubkraft gezeigt, als erwartet worden war. Noch zu Jahresbeginn waren fast alle Beobachter davon überzeugt, daß der Preisverfall bei Rohöl wie ein Konjunkturprogramm wirkt, das zusätzliche Auftriebskräfte in Gang setzt, so daß sich das Sozialproduktswachstum gegenüber dem Vorjahr beschleunigt. Statt dessen wird es sich eher verlangsamen.

Das DIW hatte schon Anfang dieses Jahres darauf hingewiesen, daß der Ölpreisverfall global gesehen eine Einkommensumverteilung darstellt, die die Industrieländer begünstigt, daß ihr aber in Westeuropa und Japan die exportbeeinträchtigende Wirkung der Dollarabwertung gegenübersteht. Von der Ölpreissenkung erhoffte man sich allgemein expansive Effekte, weil man damit rechnete, daß die Ölexporteure ihre Ausgaben zunächst nicht voll den Einnahmeausfällen anpassen, sich also zusätzlich verschulden, und die Ölimporteure durch Einsparung bei den Ölkosten zu zusätzlichen Ausgaben angeregt würden. Zwar besteht kein Zweifel, daß der private Verbrauch in den Industrieländern durch den ÖlpreISRückgang stimuliert wurde. Jedoch wurde die Exportentwicklung in diesen Volkswirtschaften nicht zuletzt dadurch beeinträchtigt, daß die Ölländer ihre Importe offensichtlich schneller den sinkenden Exporterlösen anpaßten, als zunächst erwartet wurde. Per Saldo sind somit die zusätzlichen Konjunkturimpulse, die sich bisher aus der Ölpreissenkung ergaben, nur gering gewesen und haben zu keiner Beschleunigung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung geführt. Sie werden auch in Zukunft — sofern überhaupt noch spürbar — nicht so stark sein, daß sie die Konjunkturanstöße ersetzen, die lange Zeit von den USA auf die übrige Welt ausgehen, sich nun aber wegen der kräftigen

Dollarabwertung ins Gegenteil, nämlich in dämpfende Effekte, verkehren.

Die erheblichen Änderungen der Produktionsstruktur und der regionalen Struktur der Warenströme, die durch die heftigen Preisbewegungen ausgelöst wurden, dürften zu großer Unsicherheit in der Investitionsplanung geführt haben. In der gegenwärtigen Situation erscheint es vielfach als risikoärmer, Ausgaben zu verschieben oder zunächst eine Finanzanlage der Sachanlage vorzuziehen. Eine hohe Liquiditätsvorliebe und sinkende Zinsen sind auch Reflex der Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Absatzmärkte.

Bei gegenwärtig nur schwachen konjunkturellen Auftriebskräften bestehen erhebliche Risiken für die weitere konjunkturelle Entwicklung. Da in den Vereinigten Staaten die Verschuldungsbereitschaft abnimmt, weil die Wirtschaftspolitik die Konsolidierung des Haushaltsdefizits betreibt und weil die Abwertung des US-Dollars nach dem Abklingen des J-Kurven-Effekts¹ auf den Abbau des Leistungsbilanzdefizits hinwirkt, müssen andere Länder bereit sein, ihre Verschuldung zu vergrößern bzw. Überschüsse abzubauen, wenn eine weitere Konjunkturabschwächung vermieden werden soll.

Ein tiefer zyklischer Einbruch, der bei dem noch immer hohen Sockel an Arbeitslosigkeit in vielen Industrieländern und den ungelösten Verschuldungsproblemen der Entwicklungsländer unübersehbare Folgen hätte, ist jedoch zur Zeit nicht wahrscheinlich, obwohl die Finanzpolitik weiter auf Konsolidierungskurs bleibt und die Anreize für Private, sich zu verschulden, noch nicht groß genug sind. Gegen einen tiefen Einbruch spricht nicht zuletzt die — wenn auch begrenzte — Wirkung der sinkenden

¹ Verzögerungseffekt, der auftritt, weil die Preis- der Mengen- anpassung vorausgeht.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

Länder	Gewichte ¹ 1984 in vH		Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
	BSP	Ausfuhr der BRD	1985			1986			1987		
			real	nominal	Preise ²	real	nominal	Preise ²	real	nominal	Preise ²
Bundesrepublik											
Deutschland	7,8		2,4	4,6	2,1	2,5	5,5	3,0	2,5	5,5	3,0
Frankreich	6,2	16,6	1,1	7,1	5,9	2,5	6,5	4,0	2,5	5,5	3,0
Großbritannien	5,5	10,9	3,2	9,5	6,2	2,0	5,5	3,5	2,0	7,0	5,0
Italien	4,4	10,2	2,3	11,3	8,8	2,5	10,0	7,5	2,5	7,5	5,0
Spanien	2,0	2,3	2,1	10,8	8,5	2,5	9,5	7,0	3,0	8,5	5,5
Niederlande	1,6	11,4	2,0	4,0	2,0	2,0	2,5	0,5	2,0	2,0	0,0
Belgien	1,0	9,2	1,1	6,2	5,0	2,5	6,0	3,5	1,5	5,0	3,5
Dänemark	0,7	2,7	3,8	9,5	5,5	2,0	4,5	2,5	2,0	5,0	3,0
Griechenland	0,4	1,3	1,7	25,1	23,0	1,5	18,5	16,5	2,0	14,0	12,0
Portugal	0,2	0,6	2,8	19,2	16,0	2,0	14,0	12,0	2,0	11,0	9,0
Irland	0,2	0,6	-0,7	4,8	5,5	2,5	7,5	5,0	2,5	7,5	5,0
EG	30,0		2,2	7,9	5,6	2,4	6,7	4,3	2,4	6,2	3,9
EG ohne BRD	22,2		2,1	9,1	6,8	2,3	7,1	4,8	2,3	6,5	4,2
EG ohne BRD ³		65,8	1,9	8,2	6,1	2,3	6,5	4,2	2,2	5,7	3,5
Schweden	1,2	3,5	2,3	9,5	7,0	2,5	7,0	4,5	2,0	5,5	3,5
Schweiz	1,2	7,0	3,8	5,8	2,0	3,5	6,5	3,0	2,5	5,0	2,5
Österreich	0,8	6,5	2,9	6,3	3,3	2,5	5,0	2,5	2,5	5,0	2,5
Norwegen	0,7	1,5	4,2	10,0	5,5	2,5	6,5	4,0	3,0	6,0	3,0
Europäische Industrieländer	33,9		2,3	7,9	5,5	2,4	6,7	4,3	2,4	6,1	3,7
Europäische Indu- strielländer ohne BRD	26,1		2,3	8,9	6,5	2,4	7,0	4,6	2,3	6,3	4,0
Europäische Indu- strielländer ohne BRD ³		84,3	2,2	7,9	5,6	2,4	6,4	3,9	2,2	5,6	3,4
USA	46,4	12,6	2,7	6,2	3,4	2,5	5,0	2,5	3,0	6,5	3,5
Kanada	4,1	1,2	4,5	7,8	3,2	3,5	6,0	2,5	3,0	6,0	3,0
Japan	15,6	1,9	4,5	6,3	1,7	2,5	3,5	1,0	3,0	4,5	1,5
Außereuropäische Industrieländer	66,1		3,2	6,3	3,0	2,6	4,7	2,1	3,0	6,0	3,0
Außereuropäische Industrieländer ³		15,7	3,1	6,3	3,2	2,6	4,9	2,3	3,0	6,2	3,2
Insgesamt	100,0		2,9	6,9	3,8	2,5	5,4	2,9	2,8	6,0	3,3
Insgesamt ohne BRD	92,2		3,0	7,1	4,0	2,5	5,4	2,8	2,8	6,1	3,3
Insgesamt ohne BRD ³		100,0	2,4	7,7	5,2	2,4	6,1	3,7	2,4	5,7	3,3

1) Auf Dollarbasis. — 2) Deflationierungsfaktor. — 3) Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.
Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet. Für Bundesrepublik Deutschland vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 26/1986.

Zinsen. Die Geldpolitik bleibt vorerst auf einem relativ expansiven Pfad: in den USA, wo die Abwertungstendenzen des US-Dollars erwünscht sind, auch aus Gründen der internen Stimulierung, in den anderen Ländern, um die Aufwertung der eigenen Währungen und damit die Verschlechterung ihrer Wettbewerbsfähigkeit in Grenzen zu halten. Das heißt aber nicht, daß Zufriedenheit mit der Entwicklung der Weltwirtschaft angebracht wäre.

Wirtschaftspolitisches Handeln in Europa und Japan ist gerade deshalb erforderlich, weil die USA der europä-

ischen Forderung zur Konsolidierung — wenn auch vorsichtig — nachzukommen suchen. Viel wird davon abhängen, wie schnell und wie koordiniert die Industrieländer handeln. Angesichts der Ausgangslage sind zwar differenzierte Strategien angebracht. Letztlich führt aber kein Weg an der Einsicht vorbei, daß Europa und Japan nicht länger auf konjunkturelle Anstöße von außen warten können, da die amerikanische Wirtschaft nicht mehr konjunktureller Vorreiter ist und die Effekte des Ölpreistrückgangs abklingen.

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Gütern und Diensten			Importe von Gütern und Diensten		
	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987
Bundesrepublik Deutschland	1,7	4,5	3,5	2,1	2,5	2,0	-0,3	3,0	4,5	7,2	1,5	4,0	4,7	5,0	6,0
Frankreich	2,4	3,0	2,5	1,3	1,5	1,0	3,4	2,5	3,0	1,9	2,0	3,0	5,3	4,5	4,0
Großbritannien	2,8	3,5	3,0	0,5	1,0	1,5	1,0	1,5	1,5	6,1	1,0	3,5	3,0	3,5	5,0
Italien	1,9	3,0	3,0	2,5	2,0	2,0	4,1	4,0	4,5	8,2	4,0	3,5	9,4	5,5	5,0
Spanien	1,0	1,5	2,0	4,5	3,0	2,0	6,0	7,0	6,0	4,0	3,0	3,0	6,0	3,5	4,0
Niederlande	2,0	2,5	2,5	0,5	0,5	0,0	2,5	3,5	3,5	5,0	1,5	2,0	5,5	2,5	2,5
Belgien	0,0	1,5	1,5	-1,0	-0,5	-1,0	3,0	3,5	3,0	3,0	3,0	3,5	3,0	3,0	3,0
Dänemark	4,3	2,5	2,0	1,7	0,5	1,0	14,6	2,5	2,5	3,6	3,0	3,0	7,8	4,0	3,5
Griechenland	1,5	1,0	1,5	3,0	2,5	2,5	2,5	1,5	2,0	4,0	2,0	3,0	6,0	3,0	3,0
Portugal	1,0	1,5	1,5	1,0	0,0	0,5	0,0	1,5	1,5	10,0	6,0	6,0	4,0	5,5	5,5
Irland	1,5	2,0	2,0	0,0	0,0	0,0	2,0	1,5	2,0	6,0	4,0	4,0	3,0	3,5	4,5
EG ¹	2,0	3,2	2,8	1,6	1,7	1,5	2,4	3,0	3,6	5,4	2,1	3,4	5,2	4,2	4,6
EG ¹ ohne BRD	2,1	2,8	2,6	1,4	1,4	1,3	3,4	3,1	3,2	4,8	2,3	3,2	5,3	3,9	4,1
Schweden	2,5	2,5	2,0	1,5	1,5	1,0	4,0	3,0	2,0	3,0	3,5	3,0	7,5	3,0	3,0
Schweiz	1,8	3,0	2,5	1,9	1,0	2,0	5,2	4,5	3,5	9,0	4,0	2,5	5,0	3,5	3,0
Österreich	2,2	2,5	2,5	1,5	1,5	1,0	5,3	4,5	4,5	10,4	2,0	2,0	8,8	3,5	3,0
Norwegen	8,2	3,0	2,5	3,4	2,0	3,0	-21,9	3,5	2,5	12,9	1,0	2,0	7,7	2,0	1,0
Europäische Industrieländer ¹	2,1	3,1	2,7	1,6	1,6	1,5	1,9	3,2	3,5	5,9	2,2	3,2	5,4	4,0	4,3
Europäische Industrieländer ¹ ohne BRD	2,2	2,8	2,5	1,5	1,4	1,3	2,7	3,2	3,2	5,5	2,4	3,0	5,6	3,8	3,8
USA	3,5	3,0	3,0	6,3	1,0	1,5	8,2	2,0	3,0	-2,0	4,0	7,0	3,8	5,0	1,0
Kanada	5,2	3,0	2,5	2,1	1,0	1,0	7,0	6,0	4,0	4,5	4,0	5,0	6,7	4,5	3,5
Japan	2,7	3,0	3,0	2,6	3,0	3,0	5,4	4,5	5,0	5,9	-3,0	1,0	0,7	2,0	5,0
Außereuropäische Industrieländer ¹	3,4	3,0	3,0	5,5	1,3	1,7	7,2	3,1	3,7	1,4	1,8	4,8	3,5	4,2	2,3
Insgesamt ¹	3,0	3,0	2,9	4,1	1,4	1,6	5,5	3,1	3,7	4,0	2,0	3,9	4,5	4,1	3,4
Insgesamt ¹ ohne BRD	3,1	2,9	2,8	4,2	1,3	1,6	6,0	3,1	3,6	3,5	2,1	3,9	4,5	4,0	3,1

¹) Gewichte 1984 auf Dollarbasis.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet. Für die Bundesrepublik Deutschland vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 26/1986.

USA: Verminderung des Leistungsbilanzdefizits bei expansiver Geldpolitik und weiteren Dollarkurssenkungen?

Die USA stehen weiterhin vor schwerwiegenden Problemen, die zum Teil Ursache, zum Teil Folge der gegenwärtig schwachen Konjunkturentwicklung sind und deren Lösung in dieser Konjunkturphase schwierig ist. Das sehr hohe und noch steigende Leistungsbilanzdefizit ist Ausdruck dafür, daß es bisher nicht gelungen ist, durch die Senkung des Dollarkurses in ausreichendem Maße inländische und ausländische Nachfrage auf das Inlandsangebot zu lenken und dadurch einen erneuten Wachstumschub auszulösen. Als Folge der beträchtlichen Dollarabwertung hat zwar die amerikanische Wirtschaft bereits einen Wettbewerbsvorsprung erlangt, es ist jedoch zu

fragen, ob er für den Abbau des hohen Leistungsbilanzdefizits schon ausreicht. Um ihre Marktanteile im Dollarraum zu halten, haben die meisten ausländischen Konkurrenten allem Anschein nach die Dollarkurse ihrer Waren nicht in dem Umfang heraufgesetzt, in dem sich der Dollar abwertete. Sie verzichteten dabei auf einen Teil der hohen Gewinne, die sie zuvor bei stark überbewertetem Dollar erzielen konnten.

Bei einem weiteren Sinken des Dollarkurses würde dies jedoch immer unwahrscheinlicher. Die amerikanische Wirtschaft würde dann einen entsprechenden Wettbewerbsvorsprung erlangen, bei dem sie zusätzliche Nachfrage auf sich lenkte und somit einen Wachstumsanstoß erhielte. Das ginge zu Lasten der Länder, deren Währungen sich weiter aufwerteten; sie müßten Nachfrageausfälle sowie Produktionsrückgänge hinnehmen. Diese

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹			Lohnstückkosten ²				
	Unternehmertätigkeit und Vermögen			unselbständiger Arbeit										
	in Landeswährung												in SZR	
	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986
Bundesrepublik Deutschland	8,0	9,0	7,5	3,8	5,0	5,0	5,4	6,0	5,0	1,3	2,5	2,0	-1,1	.
Frankreich	11,6	13,0	8,0	5,7	4,5	4,5	10,3	10,5	5,5	4,5	2,0	2,0	2,6	.
Großbritannien	10,5	0,0	7,5	8,4	7,5	7,0	6,8	-2,0	5,5	4,7	5,5	5,0	2,5	.
Italien	13,6	16,0	9,0	11,1	9,0	7,0	11,0	13,5	6,0	8,6	6,5	4,5	0,9	.
Spanien	12,1	12,5	9,5	8,5	7,5	8,0	9,9	9,5	6,5	6,4	5,0	5,0	1,5	.
Niederlande	8,7	2,5	2,0	1,5	2,5	2,0	6,6	0,5	0,0	-0,5	0,5	0,0	-3,0	.
Belgien	8,2	10,0	8,5	5,0	4,5	3,5	7,1	7,5	7,0	3,9	2,0	2,0	2,1	.
Dänemark	10,0	3,5	5,0	8,0	5,0	5,0	5,9	1,5	3,0	4,0	3,0	3,0	2,6	.
Griechenland	27,4	18,5	11,5	23,0	18,0	17,0	25,3	17,0	9,0	20,9	16,5	14,5	-0,4	.
Portugal	23,0	16,0	11,5	17,0	12,5	11,0	19,5	14,0	9,0	13,8	10,5	9,0	-1,3	.
Irland	-3,2	10,0	11,5	8,5	6,5	6,0	-2,5	7,5	9,0	9,3	4,0	3,5	8,2	.
EG ³	11,0	9,7	7,8	6,8	6,2	5,7	7,4	5,9	4,9	3,7	3,3	2,7	0,7	.
EG ohne BRD ³	12,1	9,9	8,0	7,9	6,6	6,0	8,2	5,9	4,8	4,7	3,6	3,0	1,3	.
Schweden	14,1	9,0	4,5	8,0	6,5	6,0	11,5	6,5	2,5	5,6	4,0	4,0	2,5	.
Schweiz	9,8	10,0	7,0	4,0	5,0	4,0	5,8	6,0	4,5	0,2	1,5	1,5	-3,3	.
Österreich	8,2	5,0	6,5	6,1	5,0	4,5	5,2	2,5	4,0	3,2	2,5	2,0	0,8	.
Norwegen	3,9	10,0	7,0	11,0	5,5	5,5	-0,4	7,5	4,0	6,5	3,0	2,5	2,1	.
Europäische Industrieländer ³	10,8	9,6	7,7	6,8	6,1	5,6	7,3	5,9	4,7	3,7	3,2	2,7	0,6	.
Europäische Industrieländer ohne BRD ³	11,6	9,8	7,7	7,7	6,4	5,8	7,9	5,9	4,6	4,5	3,5	3,0	1,2	.
USA	4,5	2,0	6,5	6,9	6,0	6,5	1,7	-0,5	3,5	4,1	3,5	3,5	5,1	.
Kanada	7,2	6,5	9,0	7,0	6,0	5,0	2,6	3,0	5,5	2,4	2,5	2,0	-2,0	.
Japan	12,0	1,0	6,0	4,8	4,5	4,0	7,1	-1,5	2,5	0,3	2,0	1,0	0,8	.
Außereuropäische Industrieländer ³	6,6	2,0	6,5	6,4	5,7	5,8	3,8	-0,2	3,5	2,4	2,8	2,3	2,3	.
Insgesamt ³	8,1	4,6	6,9	6,6	5,8	5,8	5,9	3,4	4,2	3,2	3,0	2,6	1,3	.
Insgesamt ohne BRD ³	8,1	4,3	6,9	6,8	5,9	5,8	6,0	3,0	4,1	3,5	3,1	2,7	1,7	.

¹⁾ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttosozialprodukts. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts. — ³⁾ Gewichtet mit 1984er Anteilen. Für ¹⁾ und ²⁾: gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung des SZR zugrundeliegen.

Quellen: SAEI, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet. Für die Bundesrepublik Deutschland vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 26/1986.

würden schließlich auf die USA zurückstrahlen und verhindern, daß sich dort die außen- und binnenwirtschaftliche Situation im gewünschten Maße verbesserte.

Die USA können sich somit nicht allein auf den Wechselkursmechanismus verlassen, sondern sie sind auch darauf angewiesen, daß die übrigen Länder sich bemühen, einen durch die Wechselkursentwicklung bedingten Konjunkturerinbruch bei sich zu verhindern. Je stärker sich diese Länder hierbei engagieren, umso geringer würde zwar schließlich die Aufwertung ihrer Währungen gegenüber dem Dollar ausfallen, umso geringer wäre aber auch der Anpassungsbedarf bei den Wechselkursen zur Verringerung der hohen Leistungsbilanzsalden.

Die gegenwärtige konjunkturelle Entwicklung erschwert es den USA, einem anderen wichtigen Ziel — der Verminderung des hohen Passivsaldo im Staatshaushalt — nä-

herzukommen. Konjunkturbedingt ist dieser Saldo in diesem Jahr sogar noch gestiegen. Die amerikanische Regierung verfolgt das Konsolidierungsziel weiterhin äußerst behutsam und versucht nicht, durch stark dosierte Maßnahmen auf eine rasche Defizitverringerung hinzuwirken und damit die Gefahr einer Rezession heraufzubeschwören. Sie kann jedoch die Finanzpolitik nicht mehr — wie in der Vergangenheit — einsetzen, um die Konjunktur erneut anzuregen. Die geplante Steuerreform, bei der eine beträchtliche Verringerung der Steuersätze mit einem ins Gewicht fallenden Subventionsabbau Hand in Hand geht, ist aufkommensneutral konzipiert.

Ausgesprochen expansiv ist dagegen weiterhin die Geldpolitik des Federal Reserve Board. Sie ist nicht allein auf die Stimulierung der Binnenkonjunktur, sondern auch auf die Beeinflussung der Außenwirtschaftsentwicklung gerichtet. Der Federal Reserve Board fordert mit seiner

Politik die monetären Instanzen der anderen Länder zu von ihm gewünschten Reaktionen heraus. Sie können sich diesen nur entziehen, wenn sie einen weiteren Verfall des Dollarkurses hinnehmen. Die amerikanische Geldpolitik sucht für die USA eine Lösung der außenwirtschaftlichen Probleme bei beschleunigtem, allerdings strukturell verändertem Wachstum und nicht durch Hinnahme einer erneuten Rezession. Diese Politik kann nur Erfolg haben, wenn sie von den anderen Ländern unterstützt wird. Zwar ist gegenwärtig nicht zu befürchten, daß diese Länder es an jeglicher Unterstützung fehlen lassen, jedoch ist sie bisher nur halbherzig.

Es ist daher nicht zu erwarten, daß sich die wirtschaftliche Expansion in den USA in der zweiten Jahreshälfte stark beschleunigt. Die Dollarabwertung wird jedoch künftig mehr Wirkung zeigen: Die Exporte werden stärker und die Importe erheblich langsamer steigen als bisher. Nach der enttäuschenden Entwicklung im ersten Halbjahr wird dies aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer leichten Verstärkung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums noch in der zweiten Jahreshälfte führen.

Japan: Zusätzliche öffentliche Ausgaben sollen stärkeren Einbruch verhindern

In Japan ist die Regierung nun offenbar bereit, die finanzpolitischen Weichen für eine stärkere binnenwirtschaftliche Nachfragebelebung zu stellen, nachdem in den letzten Jahren das Konsolidierungsziel — insbesondere zu Lasten der öffentlichen Investitionen — im Vordergrund gestanden hatte. Die konjunkturelle Lage Japans ist gegenwärtig besonders instabil. Das Bruttosozialprodukt nahm im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt ab, nicht zuletzt infolge des anhaltenden Rückgangs des Exportvolumens im Zuge der Dollarabwertung, die gegenüber dem Yen besonders hoch ausgefallen ist. Auch wenn die Exporteure einen Teil der Wechselkurswirkungen durch Kürzung der Gewinnmargen neutralisiert haben, so daß die wechselkursbedingten Preissteigerungen geringer ausgefallen sind als die Dollarabwertung selbst, dürfte die Ausfuhrentwicklung auch weiterhin beeinträchtigt sein, zumal sich die Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar bis zuletzt fortgesetzt hat. Infolge des J-Kurven-Effekts nimmt zwar gegenwärtig der Leistungsbilanzüberschuß Japans auf Dollarbasis noch weiter zu, das japanische Ausfuhrvolumen wird aber im laufenden Jahr merklich unter dem des Vorjahres liegen.

Die Erlöseinbußen im Auslandsgeschäft haben offenbar die Investitionsneigung der japanischen Unternehmen geringer werden lassen, zumal trotz der Kaufkraftzunahme infolge der gefallenen Erdölpreise und der inländischen Preisberuhigung die Verbrauchsnachfrage zunächst nur schwach expandierte. Zudem werden die japanischen Exportaussichten auch langfristig wegen der fortgesetzten handelspolitischen Auseinandersetzungen

zwischen den Industrieländern zunehmend pessimistischer beurteilt, und die Unternehmen gehen mehr und mehr dazu über, im Ausland Betriebsstätten zu errichten, deren Produktion die Exporte teilweise ersetzen soll.

Wenn die Binnennachfrage nicht zusätzliche Impulse erhält, besteht deshalb die Gefahr, daß sich die rezessiven Tendenzen verstärken. Dies hatte schon im Frühjahr dazu geführt, daß die staatlichen Instanzen beschlossen, ihre Käufe soweit wie möglich in die erste Hälfte des Haushaltsjahres, das im April 1986 begann, vorzuziehen. Inwieweit dies bereits zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen hat, läßt sich anhand der aktuell verfügbaren Indikatoren schwer beurteilen. Noch scheinen die Schwächetendenzen zu überwiegen, so daß die Regierung in Kürze zusätzliche öffentliche Investitionen, Zinssubventionen für kleine und mittlere Unternehmen sowie Steuererleichterungen beschließen will. Der vorgesehene Umfang von rund 3 Billionen Yen (knapp 1 vH des BSP) an zusätzlichen Ausgaben dürfte für eine deutliche Belebung der Wirtschaftstätigkeit sorgen. Im Jahr 1986 wird dieser Impuls kaum spürbar sein, die Wachstumsaussichten für 1987 sind indes wieder günstiger zu beurteilen. Im Zuge der wirtschaftlichen Belebung könnten auch die Importe wieder mehr zunehmen und damit tendenziell zum Abbau des hohen Überschusses der Handelsbilanz beitragen.

Westeuropa: Mäßiges Wirtschaftswachstum bei wirtschaftspolitischer Enthaltsamkeit

Westeuropa ist von der konjunkturellen Abschwächung in den USA und von der Abwertung des Dollars unmittelbar zwar weniger betroffen als Japan, da der Warenaustausch mit den USA geringer und die Aufwertung gegenüber dem Dollar schwächer ist. Die Auslandsnachfrage nimmt aber weniger zu als zu Beginn des Jahres allgemein erwartet und auch kürzlich noch von der OECD prognostiziert. Auch durch die günstige Entwicklung des realen privaten Verbrauchs kann die geringere Handelsdynamik nicht voll kompensiert werden.

Insgesamt ist das Wirtschaftswachstum daher nur mäßig und gibt keinen Anlaß zu einer kräftigen Belebung der Investitionstätigkeit. Eine spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes ist nicht in Sicht. So gibt es zwar in einigen Ländern einen Zuwachs bei der Beschäftigung, jedoch verharren die Arbeitslosenzahlen auf hohem Niveau.

Zu einer mittelfristig expansiven Wirtschaftspolitik ist gegenwärtig dennoch kein Land bereit. Zwar sind hier und da Steuererleichterungen oder arbeitsmarktpolitische Maßnahmen noch für dieses oder für das nächste Jahr vorgesehen. Sie sind jedoch zumeist von geringem Umfang oder werden teilweise — wie in Frankreich — durch gleichzeitige Kürzungen auf der Ausgabenseite der Haushalte in ihrer möglichen Wirkung geschwächt. Die angestrebte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hat zwar in den meisten Ländern Fortschritte gemacht, je-

doch ist man überwiegend der Auffassung, daß der bisherige finanzpolitische Kurs — wenn auch mit gewissen Auflockerungen — fortgesetzt werden muß.

Die Geldpolitik dürfte dagegen zumeist eher etwas expansiver als ursprünglich geplant sein. Das hat nicht zuletzt den Grund, den Dollarkurs zu stabilisieren. Aber auch aufgrund der immer noch mäßigen Konjunkturerwicklung sind die monetären Instanzen inzwischen sogar zu weiteren geldpolitischen Lockerungen bereit. Auch wenn man berücksichtigt, daß das Bild der Realzinsentwicklung durch die preisdämpfenden Wirkungen der Ölpreissenkung verzerrt ist, ist das Niveau der Realzinsen immer noch sehr hoch. Nicht zuletzt der Kurs der Deutschen Bundesbank hält indes die anderen Notenbanken von weiteren Zinssenkungen ab.

Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung in *Frankreich* eine Reihe positiver Anzeichen aufweist, ist sie insgesamt nicht zufriedenstellend. Das Wirtschaftswachstum wird in diesem Jahr nicht mehr als 2,5 vH betragen. Damit dürfte die Zahl der Arbeitslosen weiter steigen und schon bald 2,5 Millionen überschreiten. Allerdings lag der Preisanstieg zur Jahresmitte nur noch etwas über 2 vH, und die Handelsbilanz wies zuletzt wieder einen Überschuß auf. Mit der Erhöhung der realen Kaufkraft hat sich auch der private Verbrauch weiter günstig entwickelt. Eine durchgreifende Verbesserung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage wäre aber nur erreichbar, wenn es gelänge, sowohl die Exporte als auch die Investitionen stärker als bisher anzuregen. Trotz einer deutlichen Verbesserung der Ertragssituation der Unternehmen blieb die Investitionstätigkeit im internationalen Vergleich unbefriedigend. Offensichtlich haben sich die Absatzerwartungen nicht genügend gefestigt.

Die Entwicklung der Gesamtnachfrage wird durch die nur wenig zunehmende Auslandsnachfrage beeinträchtigt, da die Weltkonjunktur unter mangelnder Dynamik leidet. Deshalb erhofft sich Frankreich insbesondere von Ländern mit günstigen Rahmenbedingungen und hohen Exportüberschüssen — hier wird immer wieder auf die Bundesrepublik Deutschland verwiesen — stimulierende Maßnahmen. Wahrscheinlich würde die französische Regierung solchen Maßnahmen folgen, zumal der Zwang zu arbeitsmarktpolitischen Erfolgen angesichts der näher rückenden Präsidentschaftswahlen zunimmt.

Erwartungen in eine auf Wachstumsbeschleunigung gerichtete Wirtschaftspolitik der wichtigsten Handelspartner, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, setzt man auch in *Italien*, um von einer stärkeren Auslandsnachfrage zu profitieren. Der wirtschaftspolitische Kurs ist hier noch wenig expansiv. Die Notenbank hält den monetären Rahmen relativ eng. Gleichzeitig wird die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weiter vorangetrieben. Daher besteht die Gefahr, daß die Aufschwungkkräfte der Wirtschaft, die im Moment noch vom privaten Verbrauch und den Investitionen getragen werden, schließlich so sehr erlahmen, daß die Arbeitslosigkeit wieder zunimmt.

Die unerwartet rasche Dämpfung des Preisauftriebs dürfte indes den Spielraum für die Geldpolitik etwas vergrößert haben. Der Preisanstieg ist mit gegenwärtig 5 bis 6 vH (Jahresbasis) auf einem Pfad wie zuletzt in den sechziger Jahren. Ein Zwang zur geldpolitischen Lockerung besteht aber auch deshalb, weil Italien ähnlich wie die anderen westeuropäischen Länder kein Interesse daran hat, den Wechselkurs gegenüber dem Dollar durch ein zu hohes Zinsniveau hochzutreiben. Schon seit einiger Zeit steigen die Importe schneller als die Exporte, so daß es bei einer weiteren Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu erneuten Zahlungsbilanzschwierigkeiten kommen könnte.

Anders als die meisten übrigen westeuropäischen Industrieländer wird *Großbritannien* als ölproduzierendes Land vom Ölpreisverfall negativ tangiert. Nicht nur droht die britische Leistungsbilanz, die lange Zeit als Folge der Begünstigung durch den hohen Ölpreis einen beachtlichen Überschuß aufwies, nun passiv zu werden. Rückläufige Investitionen im Ölsektor beschwören auch die Gefahr eines nachhaltigen Konjunkturerinbruchs herauf, wenn nicht eine Umschichtung der Produktion zu anderen Bereichen hin gelingt. Zu einer Umschichtung im erforderlichen Ausmaß dürfte es aber nur kommen, wenn die Wirtschaftspolitik diesem Prozeß die notwendige Unterstützung gewährt. Hierzu gehört eine Geld- und Finanzpolitik, die die erforderliche Umschichtung erleichtert, nicht aber Wachstumsimpulse abwürgt oder gar nicht erst entstehen läßt.

Die schwache Expansion wird vor allem von der Entwicklung des privaten Verbrauchs getragen. Dieser nimmt nicht nur wegen des Ölpreisverfalls beachtlich zu, sondern auch deshalb, weil die Arbeitnehmer trotz beträchtlicher Arbeitslosigkeit relativ hohe Nominallohnsteigerungen durchsetzen. Die Regierung sieht in dieser Entwicklung, die den privaten Verbrauch stützt, eine Gefahr, da sie sowohl die britische Konkurrenzposition als auch die Gewinnsituation der Unternehmen und damit den Export und die Investitionen beeinträchtigt. Wirtschaftspolitischer Spielraum zur Förderung des Wirtschaftswachstums sei daher kaum gegeben. Vorrangiges Ziel sei vielmehr die Eindämmung der Nominallohnsteigerungen. Obwohl das nach wie vor hohe britische Zinsniveau investitionsdämpfend wirkt, ist bisher eine stärkere geld- und finanzpolitische Lockerung, die Wachstumsimpulse geben könnte, nicht beabsichtigt.

Die Erwartung einer Passivierung der britischen Leistungsbilanz hat in letzter Zeit zu einem erneuten Sinken des Pfundkurses geführt. Dies könnte eine Stimulierung des britischen Exports zur Folge haben, so daß Großbritannien die negativen Rückwirkungen der Dollarabwertung weniger spürte. Damit entgeht Großbritannien jedoch nicht der großen Herausforderung, der sich die westeuropäischen Länder und Japan gegenübersehen: durch eigene wirtschaftspolitische Aktivitäten mit dazu beizutragen, daß es nicht zu einem weltweiten Konjunkturerinbruch kommt.

Bundesrepublik Deutschland: Expansivere Wirtschaftspolitik erforderlich

Unstetigkeit kennzeichnet die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im bisherigen Verlauf dieses Jahres. Nach den Produktionseinbußen, die im Winterhalbjahr zu verzeichnen waren, hat das reale Bruttosozialprodukt im zweiten Vierteljahr wieder deutlich zugenommen. Dabei hat sich in diesem Jahr eine Verschiebung der Wachstumskräfte von der Auslands- zur Inlandsnachfrage vollzogen, ohne daß zusätzliche Dynamik in Gang gesetzt worden wäre. Das „Konjunkturprogramm“ Dollar-Aufwertung plus konjunkturelle Expansion in den USA, das die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bis in das Jahr 1985 getragen hatte, wurde lediglich abgelöst vom „Konjunkturprogramm“ Ölpreirückgang plus Terms of Trade-Effekt zu Beginn dieses Jahres.

Gegenwärtig sind privater Verbrauch und Ausrüstungsinvestitionen die Träger der gesamtwirtschaftlichen Expansion. Zu der zuletzt günstigen Entwicklung der Gesamtwirtschaft hat aber auch der Warenexport beigetragen, der zuvor, seit Herbst 1985, rückläufig gewesen war. Vor dem Hintergrund dieser unsteten Entwicklung der Gesamtwirtschaft, vor allem der des Exports, relativiert sich die Bedeutung der in den letzten Monaten festzustellenden Aufwärtsentwicklung von Nachfrage und Produktion.

Der Anstieg des Auftragseingangs beim verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland ist wohl als eine nur kurzfristige Abweichung vom gegenwärtigen Trend anzusehen, der eher abwärts gerichtet ist. Das Niveau dieses Indikators war auch zuletzt noch immer um etwa 4 vH niedriger als im Frühsommer vorigen Jahres, dem bisherigen Höchststand. Die Rahmenbedingungen sprechen dafür, daß auch in der nächsten Zeit der Export die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eher dämpfen als stärken wird. Vor allem die unerwartet starke Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar wird belastend wirken und die von der weiterhin relativ schwachen Konjunktur im Ausland ausgehenden expansiven Impulse weitgehend kompensieren. Dämpfend wirkt zudem der fortgesetzte Rückgang der Exporte in die OPEC-Länder. Alles in allem wird der Warenexport der Bundesrepublik in den nächsten Monaten in der Grundtendenz stagnieren.

Die Entwicklung der Inlandsnachfrage wird damit für den gesamten Konjunkturverlauf weiter wachsende Bedeutung erhalten. Die kurzfristigen Indikatoren zeigen ein günstiges Bild. Der inländische Auftragseingang beim verarbeitenden Gewerbe ist in den letzten Monaten wieder deutlich gestiegen. Mehr und mehr profitieren nun auch die Zweige des Verbrauchsgütergewerbes von der Belebung der Inlandsnachfrage und insbesondere des privaten Verbrauchs. Die Umsatzentwicklung beim Einzelhandel bestätigt die Erwartungen, die schon zu Jahresbeginn an die deutliche Verbesserung des Realeinkommens der privaten Haushalte geknüpft worden waren. Preisbereinigt expandieren die Einzelhandelsumsätze gegenwärtig mit einer Jahresrate von etwa 4 vH.

Erheblich günstiger als im Winterhalbjahr entwickeln sich die Ausrüstungsinvestitionen. Im zweiten Quartal waren sie preisbereinigt um 11 vH höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Vermutlich tragen in wachsendem Umfang auch verbrauchsnahe Wirtschaftszweige, die lange Zeit im Konjunkturschatten geblieben waren, zur Verbesserung der Investitionsneigung bei.

Tendenzen zu einer Kräftigung der inländischen Nachfrage zeigen sich nun auch beim Baugewerbe. War im Verlauf des vergangenen Jahres das Auftragsstief beim Bauhauptgewerbe aufgrund der Erholungstendenzen im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau durchschritten worden, so wirkte zuletzt die Entwicklung der Auftragslage im Wohnungsbau zumindest nicht mehr bremsend auf das gesamte Baugeschehen. Gegenüber dem sehr niedrigen Niveau im Vorjahr ist die Bauproduktion in den letzten Monaten sogar leicht erhöht worden.

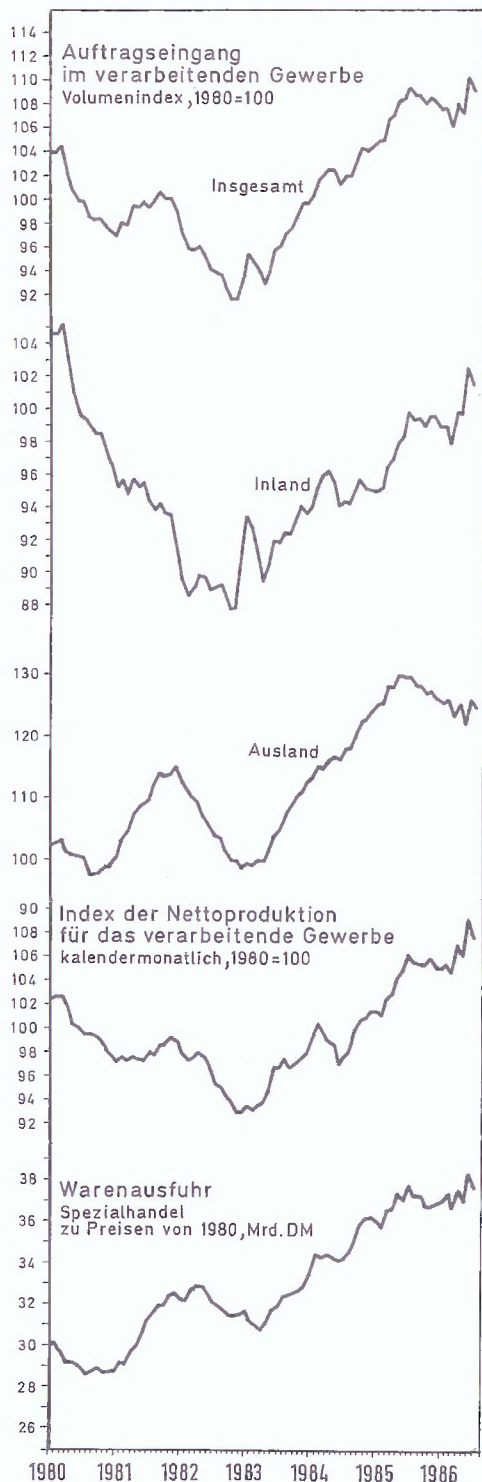
Die industrielle Produktion hat aufgrund der zunehmenden Inlandsaufträge seit dem Frühjahr wieder deutlich expandiert. Der Produktionsanstieg war sogar stärker als derjenige beim Auftragseingang insgesamt. Die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes haben allem Anschein nach ihre Produktion zu Lasten ihrer Auftragsbestände erhöht. Der Vergleich zwischen der Entwicklung der Bestellungen aus dem Ausland und dem Export läßt vermuten, daß die Produktion mit dem Ziel relativ stark ausgeweitet wurde, ausländische Kunden noch zu einem Dollarkurs zu beliefern, der höher war als der erwartete.

Die Entwicklung der Beschäftigung wies bisher im Unterschied zu der gesamtwirtschaftlichen und industriellen Produktion kaum Schwankungen auf, sie blieb recht stetig nach oben gerichtet. Im verarbeitenden Gewerbe ist dabei die Beschäftigtenzahl von Jahresmitte 1985 bis Mitte 1986 um 2 vH, in der Gesamtwirtschaft um 1 vH gestiegen. Für die letzten Monate deuten die verfügbaren Indikatoren allerdings auf eine leichte Abschwächung der Beschäftigtenzunahme in der Industrie hin. Dies läßt darauf schließen, daß die Unternehmen ihre Produktion nicht mehr mit dem zuletzt beobachteten Tempo erhöhen, sondern sich verstärkt an der Entwicklung der Auftrags-eingänge orientieren werden.

Insgesamt war im Juli nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes die Zahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik um 284 000 höher als ein Jahr zuvor. Der Anstieg war damit etwas größer als die Zunahme des Erwerbspersonenpotentials und der Zustrom von Arbeitskräften aus der stillen Reserve zusammengekommen: Die Zahl der Arbeitslosen ist saisonbereinigt weiter leicht gesunken; im August erreichte sie mit 2,2 Mill. den niedrigsten Stand seit Anfang 1983. Der arbeitsmarktpolitische Erfolg ist dennoch unzulänglich: Gegenüber dem Höchststand, der zur Mitte vorigen Jahres erreicht wurde, ist die Zahl der Arbeitslosen nur um gut 100 000 zurückgegangen, wobei arbeitsmarktpolitische

Indikatoren zur konjunkturellen Entwicklung 1) in der Bundesrepublik Deutschland

gleitender Durchschnitt
aus jeweils drei saisonbereinigten Monatswerten



* Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

DIW 86

Maßnahmen und vor allem auch die Aufhebung des Meldezangs für Arbeitslose, die 58 Jahre oder älter sind, eine erhebliche Rolle gespielt haben.

Bei fortbestehendem Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt hat sich das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht noch erheblich vergrößert. Der Überschuß in der Handelsbilanz entspricht saisonbereinigt nun schon einem Jahresbetrag von 100 Mrd. DM, der in der Leistungsbilanz einer jährlichen Größe von mehr als 70 Mrd. DM. Zwar wirkt die Entwicklung der realen Güterströme — die reale Ausfuhr stagniert, die reale Einfuhr erhöht sich relativ kräftig — in Richtung eines Abbaus der Überschußposition; die mit der Abwertung des US-Dollars und dem Rückgang des Erdölpreises verbundene Verbesserung der Terms of Trade gleicht den Rückgang des realen Handelsbilanzüberschusses aber mehr als aus.

Angesichts dieser Entwicklung besteht die Gefahr einer noch stärkeren Aufwertung der D-Mark, da der Rückgang des realen Saldos nicht auf die den Devisenmarkt bestimmenden Ströme zurückwirkt und auch die Wechselkurs-erwartungen nur von den nominalen — sichtbaren — Sal- den beeinflusst werden. Die Finanzpolitik könnte durch eine expansivere Orientierung ihren Beitrag zum Abbau dieses Ungleichgewichts leisten. Mit einer stärkeren Investi- tionsnachfrage insbesondere im kommunalen Bereich wäre zudem eine Belebung auf breiterer Basis möglich, nachdem die Exportkonjunktur vor allem die Hersteller von Investitionsgütern, die Ölpreissenkung vor allem die Verbrauchsgüterproduzenten begünstigt hat.

Der starke Rückgang der Einfuhrpreise — ihr Niveau ist gegenwärtig um fast ein Viertel niedriger als Anfang 1985 —, der die Verbesserung der Terms of Trade vor allem be- wirkt hat, ist jedoch nicht der einzige Faktor, der zu dem nun erreichten hohen Grad an Preisstabilität beigetragen hat. Auch der inländische Kosten- und Preisauftrieb ist ge- ring. Die Lohnstückkosten sind lediglich zu Beginn dieses Jahres — infolge des vorübergehenden Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Produktion — deutlich gestiegen. Mit dem wieder in Gang gekommenen Produktionsan- stieg ist dies rückgängig gemacht worden. Nach wie vor geht von der Entwicklung der Lohnstückkosten kein Infla- tionsanstoß aus. Das schafft Spielraum für eine stärkere reale Expansion, wenn die Geldpolitik den gegenwärtigen Wachstumspfad der Geldmenge beibehält. Eine Rück- kehr in den Zielkorridor oder die Wahl eines niedrigeren Zielpfades für das nächste Jahr würde dagegen sowohl dem Abbau des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts als auch dem Abbau des Ungleichgewichts am Arbeits- markt der Bundesrepublik entgegenwirken.

Fazit

Einen sich selbst tragenden Aufschwung hat die deut- sche Wirtschaft auch im vierten Jahr des gegenwärtigen Zyklus nicht erreicht. Die Zurückweisung der Forde-

rungen der USA nach stärkerer Ankurbelung der Konjunktur in der Bundesrepublik weist darauf hin, daß die zu geringe Eigendynamik der deutschen Wirtschaft nicht auf einer inhärenten Wachstumsschwäche beruht. Vielmehr zeigt die klare Ablehnung dieser Forderungen, daß die Wirtschaftspolitik, insbesondere die Geldpolitik, in der Bundesrepublik von Anfang dieses Zyklus an bestrebt war, die wirtschaftliche Entwicklung auf einem Pfad zu verstetigen, der sich nicht weit von der aktuellen und zu geringen Zuwachsrates des Produktionspotentials entfernt. Eine Überhitzung der Konjunktur und das Aufleben neuer inflationärer Gefahren sollten von vornherein verhindert werden. Die Hoffnungen der wirtschaftspolitischen Instanzen vom Jahresanfang, daß das „Konjunkturprogramm“ Ölpreiserückgang die wirtschaftliche Dynamik verstärken werde, standen nur deshalb im Einklang mit diesem Konzept, weil die Verantwortlichen damit gleichzeitig eine Preissenkung verbunden sahen.

Ein sich selbst tragender Aufschwung kann jedoch in Widerspruch zu einem solchen Verstetigungskonzept geraten, weil seine Dynamik sich nicht in eine vorbestimmte Zuwachsrates des Sozialprodukts zwängen läßt. Im Zentrum der aktuellen Diskussion geht es daher weniger um die technischen Fragen, ob und um wieviel die Bundesbank den Diskontsatz senken und ihr Geldmengenziel überschreiten sollte, sondern um das strategische Problem, ob bei einer stärkeren wirtschaftspolitischen Expansion die Gefahr einer Inflation mit ihren negativen Folgewirkungen droht und welche Kosten der Verzicht auf mehr Expansion mit sich bringt.

Inflationsgefahren gingen nur dann von einer stärkeren inländischen Expansion aus, wenn der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten sehr schnell stiege und die Lohnvereinbarungen daraufhin das kostenniveauneutrale Maß überschreiten würden. Beides ist nicht zu erwarten. Die Zweige der Industrie, die in der nächsten Zeit besonders von der Konsumkonjunktur begünstigt werden, sind noch erheblich von einer Vollauslastung ihrer Kapazitäten entfernt. Wichtig ist aber auch, daß erhebliche Kapazitätsreserven im Ausland bereitstehen, die in einem stärkeren Aufschwung durch vermehrte Importe mobilisiert würden. Dies würde außerdem den Abbau des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts beschleunigen. Schließlich sind die Reserven am Arbeitsmarkt groß und die Lohnvereinbarungen in den letzten Jahren in einem Rahmen geblieben, der nicht auf ein „Überschießen“ in absehbarer Zeit hindeutet. Allerdings werden über einen längeren Zeitraum hohe Gewinne und ein Sinken der Lohnquote ohne entsprechende Arbeitsmarktfortschritte auf der Arbeitnehmerseite nicht die Einsicht verstärken, daß Lohnzurückhaltung eine erfolversprechende Strategie sei. Lang anhaltende hohe Arbeitslosigkeit schließt jedenfalls starke Lohnerhöhungen und damit einhergehende höhere Inflationsraten grundsätzlich nicht aus.

Eine Wirtschaftspolitik, die sich mit dem gegenwärtigen Wachstumstempo zufrieden gibt, übersieht einen entscheidenden Punkt: Hohe und andauernde Arbeitslosig-

keit erschwert die Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels beträchtlich. Abgesehen von den sozialen Problemen verhindert hohe Arbeitslosigkeit bei vielen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Entscheidungen die effizienteste Lösung, weil von den Betroffenen der Verlust ihres Arbeitsplatzes — zu Recht — mit der Gefahr gleichgesetzt wird, länger arbeitslos zu werden. Insbesondere die von vielen Anhängern dieser Verstetigungsidee — wiederum zu Recht — beklagten ordnungspolitischen Fehlentwicklungen wie mangelnde Flexibilität, steigende Subventionen oder zunehmender Protektionismus sind unmittelbar Ausdruck des Widerstandes gegen den Verlust bestimmter Arbeitsplätze. Auch die Lösung vieler Zukunftsprobleme, vor allem im Bereich des Umweltschutzes, wird verhindert oder zumindest verzögert, weil mit dem damit einhergehenden Strukturwandel die Gefahr der Arbeitslosigkeit für einzelne verbunden wird. So ist die Erstarrung von Strukturen und Fehlallokation durch staatliches Handeln auch Folge einer Wirtschaftspolitik, die sich immer wieder gezwungen sieht, auf die Erhaltung bestimmter Arbeitsplätze Rücksicht zu nehmen, weil die Lösung des Problems Arbeitslosigkeit über eine expansive Wirtschaftspolitik gescheut wird.

Arbeitsplatzerhaltung hat als Argument gegen effiziente Anpassung und die Lösung neuer Aufgaben bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen nur Gewicht, wenn es nicht gelingt, so viele Arbeitsplätze neu zu schaffen, daß die Folgen der unumgänglichen Arbeitsplatzverluste im Strukturwandel durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze relativ friktionsfrei bewältigt werden können. Nur Abbau der Arbeitslosigkeit, nicht eine steigende Beschäftigung allein beseitigt dieses Problem.

Außerdem geht durch Arbeitslosigkeit direkt Volkseinkommen verloren, weil Menschen, die arbeiten wollen, keinen Arbeitsplatz finden. Mit zunehmender Dauer der Erwerbslosigkeit büßen die Betroffenen zudem an Qualifikation ein, so daß die Strukturprobleme am Arbeitsmarkt heute zum großen Teil Reflex und nicht Ursache der Arbeitslosigkeit sind.

Die Vereinigten Staaten sind auch in diesem Konjunkturaufschwung das einzige größere Industrieland, dem es gelungen ist, die Arbeitslosigkeit deutlich zu verringern. Daß diese Strategie jetzt an Grenzen stößt, liegt sowohl an den Nachwirkungen der enormen Aufwertung des Dollars bis Anfang 1985 als auch an der verhaltenen Expansion in Europa und Japan. Bleibt die wirtschaftspolitische Strategie hier unverändert, kann eine weitere Abwertung des Dollars zwar die Verlagerung der Wachstumskräfte von der externen zur internen Nachfrage bewirken und damit auf längere Sicht eine Bereinigung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte herbeiführen. Wachstums- und beschäftigungspolitisch gesehen bleibt das aber ein Nullsummenspiel, wenn in Europa und Japan nichts zusätzlich geschieht.

Der Bundesrepublik kommt angesichts ihres wirtschaftlichen Gewichts in Europa und ihrer günstigen Ausgangslage eine besondere Rolle zu: Sie kann in Europa ent-

scheidende Impulse für mehr Wachstum geben. Mit ausschließlich angebotspolitischen Maßnahmen wird dieses Ziel jedoch nicht erreicht. International kommt es auf Mehrausgaben der Bundesrepublik an; man kann eben nicht permanent „unter seinen Verhältnissen“ leben. Werden zugleich in Japan die geplanten Ausgabesteigerungen realisiert, würden zwar auch dann noch nicht die weltweiten Zahlungsbilanzungleichgewichte und die Probleme der Entwicklungsländer in kurzer Zeit besei-

tigt. Es wäre aber ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Daß angebotsseitige Maßnahmen auch im Innern nicht ausreichen, haben sowohl die Beispiele anderer Länder als auch die Entwicklung in der Bundesrepublik in den letzten Jahren gezeigt. Fast alle neu entstandenen Arbeitsplätze in der Industrie sind dort geschaffen worden, wo das „Konjunkturprogramm“ Export wirkte, also von der Nachfrageseite her die nötige Dynamik geschaffen wurde.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Konjunkturelle Schubkraft weltweit zu gering. Bearbeitet von Bernhard Seidel, Manfred Teschner und Joachim Voiz. —
Bundesrepublik Deutschland: Expansivere Wirtschaftspolitik erforderlich. Bearbeitet von Heiner Flassbeck und Horst Seidler.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.